



gewöhnt war, über welche er Nichtgenossen gegenüber zu strengem Schweigen verpflichtet war, besah die Legitimation, ohne welche er weder wandern noch Arbeit finden konnte. Zugleich bot die Aufnahme die Bürgschaft, daß der neue Geselle fittlich und beruflich befähigt war; dem Handwerk als vollberechtigter Geselle anzugehören; die Standbesehre litt keine unredlichen Elemente im Verbande.

In den Sprachstunden, die uns vom Gesellenmachen überliefert sind, lebt ein gut Teil ursprünglicher, aus den Tiefen des Volkslebens quellender Dichtung. Der letzte Schimmer altgermanischer Götter- und Heldensage überglänzt diese Denkmäler der Vergangenheit; man lese nur bei Krünitz die wunderbare Vorlage beim Schleiastie der Wöthder. Schon Jakob Grimm hat 1815 mit seinem Sinn auf diese Erzeugnisse der schöpferischen Volksphantasie hingewiesen. In vortheilhafter Weise hat ein anderer Germanist, Oskar Schade in Königsberg, in den fünfziger Jahren die religions- und kulturgeschichtliche Bedeutung des Gegenstandes hervorgehoben; seine tiefgehenden Untersuchungen sind leider von den Wirtschaftshistorikern so gut wie gar nicht beachtet worden. Wie das Gesellenmachen überhaupt im Zeitalter des Verfalls sich zur Frage verzerrte, so auch die Vorlage, welche anfangs des vorigen Jahrhunderts bisweilen nichts ist als eine platte Note in langatmigen Alexandrinern.

Fortsetzung folgt.

## Korrespondenzen.

**n. Düren.** Dem Beispiele der Hagener Kollegen folgend, möchten auch wir unsern Bezirk vertreten sehen bei der General-Verammlung und schlagen daher unsern langjährigen Vorstehenden des Bezirkes Kollegen Joseph Wilms in Aachen vor. Es dürfte überhaupt geboten erscheinen, daß bei der Wahl der General-Verammungs-Delegierten so vorgegangen wird, daß diese, um viele unnötige Kosten zu ersparen, so auf den Gau verteilt werden, um von ihrem Ort aus etnem möglichst großen Kreise der Kollegen bald und ausführlich Mitteilung machen zu können über die geptlogenen Verhandlungen.

**Freiburg i. B.** Unsere letzte Bezirks-Verammlung hatte sich mit einer etwas umfangreichen Tagesordnung zu befassen. Wohl der wichtigste Punkt war die Beratung der Anträge zur Breslauer General-Verammlung. Diefelben haben jedoch für diesmal nur eine summarische Behandlung gefunden; eine spätere Verammlung wird sich noch eingehender diesem Thema widmen. Für heute ist als hervorhebendern mitgeteilt, daß dem vom Verbandsvorstande zu § 2 gestellten neuen Abhate 4 zugestimmt wurde. Der Flensburger Antrag (Abt. 3 zu § 18) wurde abgelehnt, ebenso der Leipziger Ausschufantrag. Mit dem zu § 25 von Frankfurt und Chemnitz gestellten Anträge, Delegiertenwahl betr., erklärte sich die Verammlung einverstanden, wiewohl die Annahme desselben bei der General-Verammlung als nicht sehr wahrscheinlich bezeichnet wurde. Auch mit der von Stuttgart zu § 29 Biff. 6 gestellten Abänderung konnte sich die Verammlung befreunden; dagegen soll dem Berliner Antrag auf Verlegung des Corr. an den Verbandsfif nicht Folge gegeben werden. Von einer Seite wurde schließlich noch der Aufhebung der Gawe das Wort erteilt, wenn auch in etwas andern Sinn als dem bisher erteilten. Während der betreffende Redner die Verwaltung nicht antasten will, insofern und insofern dies durch die Aenderung nicht nötig fiele, hält er vom demokratischen Standpunkt aus eine Vereinfachung der Leistungen und Gegenleistungen für geboten, zu welchem Zwecke die Gau- (und Bezirks-) fassen einfach abzuschaffen feien; alles, was an Beiträgen erhoben werde, solle ein Verbandsbeitrag und jede Gegenleistung Verbandsleistung feien; mit einem Wort: es solle überall gleiche Behandlung der Mitglieder auch in diesem Punkt eintreten. Sich vorbehaltend, bei der in Aussicht gestellten Fortsetzung der Beratung der General-Verammungs-Tagesordnung eventuell des weitern auf den berührten Gegenstand zurückzukommen, wurde vorläufig von einer weitem Debatte hierüber Umgang genommen. — Lange Zeit nahm das Geschäft der Aufstellung eines Kandidaten für die Delegiertenwahl in Anspruch; schließlich fand daselbe dahin seine Erledigung, daß die Kollegen Goldschagg, Herzog und Klepper hierseits zur Ur- resp. Auswahl präsentiert werden sollen. — Sodann räumte die Verammlung mit der vor etwa Jahresfrist ins Leben getretenen fogen. Preffommission auf, nachdem dieselbe von allen Seiten als überlebt und unnützig bezeichnen worden war. — Wenn in Nr. 45 des Corr. von hier geschrieben wird, daß die Bismarckmüller und Gogolpieler Ursache an dem freilich mitunter sehr schlechten Verammungsbesuche feien, so soll dem, was letztern Sport betrifft (der „Kummel“ dauert gottlob ja nicht das ganze Jahr), nicht widerprochen werden; nur dürfte gerechterweise die erwähnte bedauerliche Erscheinung nicht ausschließlich den aus angeführten Gründen die Verammlung schwächenden Mitgliedern zur Last gelegt werden. Ständen „interessante“ Punkte lokalen Kolorits auf der Tagesordnung, so sind dieselben auch fast ausnahmslos immer zugegen gewesen. Vielmehr liegt der tiefere Grund in der hier leider bestehenden hochgradigen Zerfällung des kollegialen Lebens, deren innere Ursache an dieser Stelle nicht weiter erörtert werden soll. Hoffentlich gelingt es doch bald, diesen unnatürlichen Zustand aus der Welt zu schaffen, was bei alffettig vorhandenem guten Willen und richtigem Verständnis und Ersaffung der Dinge, so uns näher liegen, ein Werk von so großer Schwierigkeit gewiß nicht genannt werden kann.

**S-g. Wildesheim.** Auf Anregung des Bezirkes Göttingen wurde in der letzten Monats-Verammlung der Beschluß gefaßt, den vierten Delegierten des Gau'es Hannover zur General-Verammlung aus den kleineren Bezirken zu wählen. Die Mitglieder wünsch, daß auch die kleineren Druckstädte durch einen ihrer Kollegen bei der General-Verammlung vertreten sind. — Es wurden seitens der Mitgliedschaft Wildesheim zwei Kollegen aus Hannover, einer aus Braunfchweig und als vierter Delegierter Bezirksvorsteher Aug. Hausmann in Wildesheim in Vorfchlag gebracht.

**Köln.** Der Buchdruckermeister Kupprecht in Köln hat gefunden, daß die Maschinenmeister, so der Verband in Köln fondtionslos liegen hat, nichts taugen und darum verdrängt er sich welche von auswärts. Junge Kollegen müssen nun nicht immer, daß sie, sofern sie aus ferner, fremder Stadt „Kunf“-Angebote erhalten, sich vor allem erkundigen müssen, ob sie nicht in die Traufe geraten können. So neuerdings ein junges Mitglied aus Bleif-Arben. Da man wahrscheinlich dort nicht die verschiedenen Dienamen anwendet, auch nicht drei Pressen bedienen und nebenbei Marktbeser spielen muß, so kam die fächliche Gemielichkeit arg ins Gedränge, gerade wie bei den früher Gegangenen der Kölner Humor allmählich verifchwand. Der Verband hat in Köln aber keine Lust, sich die Seper und Drucker auf Lager zu legen, bis es Herr N. paßt, wieder mal einen kommen zu lassen, dazu ist die Lage hier viel zu gedrückt. Deshalb beschloß der Ortsverein, im Corr. einmal den Schleier von jener Drucker ein wenig zu lüften, dem Herrn und den Kollegen zur Mahnung. Hilft das noch nicht — gut, wir sind bereit, mit weitem zu dienen.

**Bg. Diferleben.** Die am 21. April hierseits abgehaltene Bezirks-Verammlung des Bezirkes Halberstadt war außerordentlich gut besucht. Vertreten waren die Druckorte Halberstadt mit 8, Miferleben mit 22, Blankenburg mit 2, Wertgerode mit 2, Oterwie mit 15, Diferleben mit 4, Verburg mit 5 Mitgliedern, Egeln und Queblinburg mit je 1 Mitglied; außerdem war als Vertreter des Gauvorstandes der Verwalter Julius Thomas aus Halle a. S. anwesend. Beim Protokolle wird gewünscht, daß in Zukunft über die Verhandlungen der Bezirks-Verammungen der Corr. Bericht erhält. Aus dem Bericht über das Geschäftsjahr 1894 ist hervorzuheben, daß der Bezirk Halberstadt im letzten Jahre beträchtlich an Mitgliedern zugenommen hat, denn derselbe zählte am Ende des 4. Quartals 1894 108 Mitglieder gegen nur 78 am Schluffe des Jahres 1893. Gegenwärtig zählt der Bezirk 121 Mitglieder, welche in 14 Orten fondtionieren. Dieses erfreuliche Resultat, so hebt Redner hervor, sei der rührigen Agitation zu verdanken, jedoch müsse in dieser unablässig fortgesetzt werden, um geregelte Zustände herbeizuführen. (Nach der am 15. Oktober v. J. aufgenommenen Statistik sind im Bezirke Halberstadt 300 Kollegen beschäftigt, von welchen sich 180 noch außerhalb unsrer Organisation befinden. Nach derselben Statistik beläuft sich die Zahl der Lehrlinge im Bezirk auf 230.) Der Bezirk hatte bis zum 31. Dezember 1894 eine Einnahme von 251,70, eine Ausgabe von 167,10 und einen Bestand von 84,60 M. zu verzeichnen. Bei Verprechung der Gauverammungsanträge erklärte die Verammlung ihr Einverständnis mit dem zu Punkt 3 der Tagesordnung stehenden Gauvorstandsbeschluß und erwartete von den Delegierten des Bezirkes, daß sie demselben beistimmen. Dergleichen erwartet die Verammlung die Annahme der dazu von Magdeburg und Dessau gestellten Anträge. Den Delegierten wurde für die Punkte 4, 5, 6 und 7 der Tagesordnung zur Delegierten-Verammlung kein gebundenes Mandat übertragen. Der Antrag Magdeburg zu Punkt 8 der Tagesordnung findet in der Verammlung keine Zustimmung, der Vorstehende wurde ersucht, seinen im Vorjahre gestellten Gegenantrag wieder einzubringen. — Als Ort der nächsten Bezirks-Verammlung wurde Verburg mit großer Mehrheit gewählt.

**U. Frankfurt a. M., i. Mai.** Erkannt war der Schreiber der unter Ve. Kassel eingesandten Notiz, als er die Frankfurter Vorfchlagsliste der Delegierten zur General-Verammlung zu Augen bekam und zwar deshalb, weil darin Bauer in Marburg als Delegierter mit vorgeschlagen ist, der Einsender sich aber auf eine Abmachung zwischen Kassel, Marburg und Gießen beruft, nach welcher diese drei Bezirke der Reihe nach je einen Delegierten entsenden sollten. Zur Verhütung diene nun dem Herrn Einsender, daß Marburg an der Aufstellung Bauers nicht beteiligt ist, sondern dieselbe allein von Frankfurt geich (es kann also von einer jogen Vertragsverlegung seitens Marburgs nicht die Rede sein). Weiter aber möchte ich bemerken, daß eine derartige Abmachung zwischen diesen drei Bezirken nicht gerade erfreulich für Frankfurt, als den größten Bezirk des Gau'es, ist, denn vor allem soll doch immer der eine Delegierte der Gauvorsteher feien, während der andre nun nach obiger Abmachung immer den anderen drei Bezirken zutame, also Frankfurt niemals in der Lage wäre, auch für seinen Bezirk jemals einen Kandidaten nominieren zu können. Es ist sehr zu wünschen, daß also diese drei Bezirke dem Frankfurter Bezirk in dieser Angelegenheit etwas mehr Berücksichtigung zu teil werden lassen.

**Marburg, 30. April.** Auf den Artikel von Kassel in Nr. 49 des Corr. diene folgendes zur Aufklärung. Seitens des Marburger Bezirkes sind keine Delegierten-Kandidaten zur General-Verammlung aufgestellt, dies ist auch nach Gießen und an den Gauvorsteher mitgeteilt worden mit der Bemerkung, daß sich die hiesigen Mit-

glieder den Vorfchlägen der anderen Kollegentreue anschließen. Die Giesener Vorfchläge waren uns übermittelt, unbekannt aber war uns, daß man auch seitens Kassels auf Aufstellung eigener Kandidaten verjichtet hatte. wäre uns dies bekannt gewesen, so hätten wir wohl einfach unser Einverständnis mit den Giesener Vorfchlägen erklären können. Daß vom Bezirke Frankfurt Gießen nicht herfichtlich worden ist, hat uns ebenfalls befremdet, mühten wir doch annehmen, daß den Frankfurter Mitgliedern die Vorfchläge der Giesener Kollegen bekannt feien. Vielleicht liegt die Schuld an dem Mangel einer Mitteilung. Daß vom Bezirke Frankfurt ein Marburger als Kandidat genannt wurde, kann man doch uns nicht zum Vorwurfe machen! Jedenfalls sind auch die hiesigen Mitglieder der Ansicht, daß es zu wünschen wäre, daß einer der Delegierten aus der „Provinz“ gewählt wird, und wir können uns den Vorfchlägen der Giesener und Kasseler Mitglieder nur anschließen. — Auf einige weitere Bemerkungen und Unrichtigkeiten des Artikels wollen wir nicht weiter eingehen, weil wir nicht gern in denselben „ungenierten“ Ton verfallen möchten wie der betreffende Schreiber und langatmige Erörterungen und eventuelle „Berichtigungen“ vermeiden wollen. Nur einen guten Rat möge sich der Entrüstete gefallen lassen: das nächste Mal die Augen besser aufzumachen!

## Kundschau.

**Buchdrucker und Verleger.**

Dem Berichte des Gauverbandes Dresden entnehmen wir, daß im Jahr 1894 aus der Gausaffe die Arbeitslosen mit 3609,50 M. unterstützt wurden, wozu noch 1105 M. kommen, die als Beiträge derselben zur Verbandskaffe gezahlt wurden. Die Ausgabe an Kranke betrug 4134,50 M. und 40 M. erhielt eine Witwe als außerordentliche Unterstützung. Im ganzen beliefen sich die Ausgaben der Gausaffe auf 15267,82 M. (für Ankauf von Staatspapieren 3518, Remunerationen und Gehälter 1645, Druckkosten 316,75, Gattung 223, Porto 188,98, Agitation 159,80 usw.). Das Vermögen der Gausaffe betrug am Jahreschluffe 6194,30 M. Der Tarifonds verausgabte 877,30 M. und schloß mit 6715,95 M. Bestand ab. Die Mitgliederzahl des Gau'es stieg von 829 auf 879; Zugang 387, Abgang 337. Insgesamt standen im Laufe des Jahres dauernd oder vorübergehend 1159 Mitglieder im Bereiche des Gauverbandes in Kondition; am Schluffe des Jahres hatten nur 530 dieselbe Kondition inne wie bei Beginn des Jahres. Arbeitslos waren 291 Seper 1665, 29 Drucker 248 und 4 Gieser 30 Wochen, die Zahl der Krankheitsstage betrug 11334 ausfchl. 108 Tage, welche auf 13 Durchfiehende entfallen. Von den zum Gau gehörigen Orten werden die nichtzugsberechtigten und ausgefertigten Mitglieder bezw. auch die bezugsberechtigten durchfiehenden Mitglieder unterstützt in Baugen mit 50 bezw. 75 Pf. (Betrag pro 1894: 16 M.), in Dippoldiswalde aus der Buchdruckerfaffe der Buchdrucker Jehne (13,70 M.), in Freiberg (34,95 M.), in Großenhain mit 20 bis 60 Pf. pro Mann je nach der Bedürftigkeit, in Weifen (44,95 M.), in Wurzen aus der Handballstufaffe der Müchelfchen Druckerei mit 15 bis 30 Pf. (50,15 M.). In Dresden hat sich am 26. August der Dresdener Buchdruckerverein mit der Allgemeinen Unterstützungsfaffe verschmolzen und fesselt nun bei 35 Pf. Beitrag 25 M. vierteljährliche Stivenunterstützung, 10 M. pro Kind und Vierteljahr Erziehungsbeihilfe, 3 M. wöchentlicher Invalidenzuluf, an nichtbezugsberechtigten Durchfiehende 2 M., an ausgefertigte 4 M., Johannistfest- und Weihnachtsgabe an Reisende und Arbeitslose und sonstige Unterstützungen; unterhält auch eine Bibliothek und unterstützt den Gefangerein.

Nach einer in der Papier-Ztg. foben begonnenen Beschreibung der Reichsdruckerei ging das Königreich Preußen im Jahr 1851 dazu über, sein Papiergeld selbst herzustellen und zu diesem Zwecke sowie zur Herstellung anderer Wertzeichen eine eigene Staatsdruckerei in Berlin zu errichten. Am 1. Juli 1852 begann die Staatsdruckerei mit einem Personale von 4 Beamten, 2 Dienern und 15 Arbeitern ihre Thätigkeit. Zur Viefierung der meisten übrigen Druckfaden wurde von den Behörden die Geheimde Ober-Hofbuchdruckerei (M. v. Deder) auf grund des ihren Begründern im Jahr 1769 verliehenen und später wiederholt bestätigten Privilegiums herangezogen. Als die v. Deder'sche Druckerei am 1. Juli 1877 in das Eigentum des Deutschen Reiches übergegangen war, entschied man sich, auch die Staatsdruckerei dem Reich einzuverleiben und dann beide Anstalten zu einer einzigen zu verschmelzen. Die preussische Staatsdruckerei wurde für den Preis von 3573000 M. erworben. Die also errichtete Reichsdruckerei benutz z. B. für den Betrieb und die elektrische Beleuchtung vier Dampfmaschinen von zusammen 300 Pferdestärken. Zur Beschleunigung des Verkehrs zwischen der Direktion, der Betriebsleitung und den verschiedenen Abteilungen ist innerhalb der Gebäude ein Fernfprechnetz ausgefpannt, dessen Leitungen an die Stadt-Fernfprechleitung angefchlossen werden können. Befuß geheimer Berfchluffes der Räume nach Beendigung der Arbeit ist durch besondern Bau der Schloffer und deren Einhaltung in eine elektrische Leitung dahin Vorforge getroffen, daß nach Umlegung eines Umschaltehebels bei der Zentralfelle kein Schloß unbemerkt wieder geöffnet werden kann und bei jedem darauf abzulegenden Beruch eine Alarmsglocke ertönt. Diese Einrichtung gestattet zugleich, daß während der Nacht von

jedem Teile der Gebäude aus seitens der Wächter eine Alarmmeldung abgegeben werden kann und an der Zentralstelle sofort bekannt ist, in welchem Gebäudeteile die Gefahr besteht. Außer den auf den Höfen vorhandenen Hydranten zur Bekämpfung eines ausbrechenden Feuers befinden sich an 52 Stellen elektrische Feuermelder, durch welche jede Feuergefahr durch 3 Stellen sofort gemeldet wird. — Die Einnahmen der Reichsdruckerei beliefen sich im Etatsjahr 1893/94 auf 5691465, die Ausgaben auf 4281404 M. Der Gesamtwert des Druckadrenlagers belief sich auf rund 80 Millionen Mark. Zur Vermeidung gelangen im letzten Etatsjahre 222476275 Stück Marken usw. im Werte von 200507048 M. An Formularen gelangten in dem gleichen Zeitraum 156260201 Stück zur Abgabe, Banknoten find 1222000 Stück zu 100 M. zur Lieferung gelangt.

Die Aktiengesellschaft für Schriftgießerei und Maschinenbau in Offenbach hatte im Jahr 1894 einen Betriebsüberschuß von 223711 M. Von dem nach reichlich bemessenen Abschreibungen verbleibenden Reingewinne von 156486 M. sollen 5 Proz. = 7824 M. der Reserve, 30000 M. der Spezialreserve, 4 Proz. = 40000 M. den Aktionären als erste Dividende, 5 Proz. = 50000 M. als Superdividende, 18296 M. den Beamten usw. als Lantmen und Gratifikationen, 1500 Mark dem Arbeiterunterstützungsfonds zufallen und der Rest auf neue Rechnung kommen.

Die Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Berlin (Nordd. Allgem. Ztg.) erzielte im Jahr 1894 einen Reingewinn von 18458,24 M. Die Aktionäre erhalten auf 1600000 M. Kapital eine Dividende von 1 Proz.

Der Wieser August Klebstatt, in der Schriftgießerei Krebs in Frankfurt a. M. beschäftigt, feiert am 5. Mai sein fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Klebstatt ist seit acht Jahren Mitglied des Verbandes.

Am 31. April starb in Wiesbaden der Schriftsteller Gustav Freitag, geboren am 13. Juli 1816 in Kreuzburg in Schlesien. Nach im Jahr 1847 erfolgter Aufgabe seiner akademischen Stellung lebte er kurze Zeit in Dresden, übernahm dann in Leipzig mit Julius Schmidt die Redaktion der Grenzboten (bis 1861 und 1867 bis 1870) und wandte sich hierauf der neugegründeten Wochenschrift „Im Deutschen Reiche“ zu. 1879 siedelte er nach Wiesbaden über. Freitag leistete im Drama und im Romane vorzügliches und bleibendes, als Kulturhistoriker nimmt er einen ersten Rang ein. Von seinen Lustspielen sind die Journalisten (1854) noch heute Repertoirestück und von seinen Romanen hat besonders Soll und Haben (1855) einen durchschlagenden Erfolg gehabt. Seine dramatischen Werke erschienen gesammelt in zwei Bänden 1859, die dritte Auflage 1874.

Der Herausgeber des Bremer Couriers, Ordemann, wurde zu 200 M. Geldstrafe verurteilt, weil er dem früheren Geschäftsführer der Bremer Bürger-Zeitung Dinge nachsagte, die absolut erfunden waren. Sein Gewährsmann war der Buchdruckereibesitzer Sahlmann!

Von der Londoner Illustr. Zeitung The Graphic wurden kürzlich 23 Aktien zum Nominalwerte von 10 Lstr., die für 7 Lstr. angekauft waren, für 1023 Lstr. = 47 Lstr. pro Aktie versteigert.

Der New York Herald leistete sich am 31. März eine Sonntagsnummer, die 450 g wog. Die Nummer, aus 72 der bekannten großen Seiten bestehend, kostete wie jede andre Sonntagsnummer 5 Cents = 21 Pf. und enthält Bilder aller Art, auch Farbendrucke, in Hülle und Fülle. In dem Anzeigenteile, der etwa die Hälfte des Blattes einnimmt, enthält jede der sechs Spalten etwa 200 Zeilen, also rund 40000 Zeilen Anzeigen. Das nennt man ein Geschäft!

#### Verurteilung, Haftes usw.

In Anschluß an den Kongreß der Maurer, über den wir berichtet haben, fand in Halberstadt ein außerordentlicher Verbandstag statt, der mit siebenundzwanzig Delegierten besetzt war. Aus dem Geschäftsberichte des Vorstandes ist ersichtlich, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Maurer überaus schlechte und die Arbeitslosigkeit besonders in den großen Städten erschreckend groß war, auch wird aus sechsunddreißig Orten von einem Lohnrückgang berichtet. Größere Lohnbewegungen fanden in Freiburg i. Br., Tilsit und Schwedt a. O. statt. Der erwähnte Streit kostete an Unterstützung 13795 M. und den Streikenden gingen 1075 Wochen Arbeitsverdienst verloren, auch wurden mehrere derselben zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. In Tilsit waren 195 Mann beteiligt mit zusammen 580 Wochen; der Streit kostete 1979,85 M.; auch hier wurden fünf der Beteiligten zu fünf resp. vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Streit in Schwedt dauerte 14 Wochen (37 Mann streikten 298 Wochen) und kostete 3471,75 M. Weitere resultatlose Streiks fanden statt in Nordhausen (von dem Verband angeführten Dachdeckern), Wilsler, Neuruppin und Weßlig i. d. Mark, solche mit vollem oder teilweisem Erfolg in Sulz, Kellinghusen, Salswedel, Schwarzenbel, Berden und Nierburg. Zahlstellen hatte der Verband im Jahr 1894 188 mit 12580 Mitgliedern (gegen 159 mit 12300 Mitgliedern in 1892). Nach den gezahlten Beiträgen gerechnet stellt sich die Mitgliederzahl auf 10042 (gegen 9680 in 1892). Nach Lohnklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt: Der ersten Klasse (80 Pf. Extrabeitrag) gehören an 1403, der zweiten (60 Pf.) 2185, der dritten (40 Pf.) 2985, der vierten (25 Pf.) 3304 und der fünften (10 Pf.) 165 Mitglieder. Der Kassenbericht vom 1. Juli 1891 bis 31. Dezember 1894 ergab 320338,33 M.

Einnahme und 261283,74 M. Ausgabe und zwar u. a. für Agitation 4458,25, Streiks 18272,15, Statistik 5894,45, Reiseunterstützung (vom 1. November 1893 bis 31. März 1894) 6554,75 M. Das Organ Der Grundstein beanspruchte in 1894 24746,39 M. = 28,72 Proz. der gesamten Einnahme. Zur Statutenberatung lagen vierundneunzig Anträge vor. Wir erwähnen daraus: Die beantragte Verlegung des Verbandssitzes wurde abgelehnt. Der Beitrag wird wöchentlich erhoben und beträgt 20 Pf., in Orten wo 3,50 M. oder weniger Lohn gezahlt wird 15 Pf., während zwölf Winterwochen und ihrer Militärübungen sind die Mitglieder freier. Zur Spelung des Streifbonds werden Marken ausgegeben, von dem Ertrage derselben fließen 30 Proz. in die Orts- und 70 Proz. in die Hauptkasse, von den Eintrittsgeldern und Beiträgen verbleiben 25 Proz. am Ort und 75 Proz. fallen der Hauptkasse zu. Auf Reiseunterstützung im November bis März haben Mitglieder Anspruch, die ein Jahr dem Verband angehört oder sofort nach beendigter Lehrzeit beitreten. Alle zwei Jahre soll eine Verbandsstatistik aufgestellt und der Verbandstag abgehalten werden. Zu letztem wählen Orte mit 300 bis 500 Mitgliedern je einen Delegierten, Orte mit weniger Mitgliedern werden zusammengelagert. Die Verschmelzung aller Gewerkschaftsblätter im Kaufsahle soll im Auge behalten werden. Als Sitz des Ausschusses wurde Berlin und als erster Vorsitzender des Vorstandes Böhmeburg-Hamburg wieder gewählt.

Der Zentralverband der Glaser und verwandten Berufsgenossen tagte während der Osterfeiertage in Berlin. 17 Städte waren durch 17 Mitglieder vertreten. Der Verband zählt 1500 Mitglieder und vereinnahmt in 1893/94 39000 M. bei 34000 M. Ausgabe, davon für Arbeitslosenunterstützung 9386 M. Von den sächsischen Vertretern wurde gefordert, daß die Behörde dem Verband allerhand Schwierigkeiten bereite und so seine Tätigkeit lahm lege. Von den Süddeutschen wurde beantragt, daß der Verband sich auflöse und mit dem Holzarbeiterverbande verschmelze. Der Antrag wurde nach heftiger Debatte abgelehnt. Der Vorstand wurde mit der Herausgabe eines eignen Fachorgans betraut, eventuell soll, wenn die Kassenverhältnisse dies nicht gestatten, die Holzarbeiter-Zeitung als Fachorgan anerkannt werden. Ein erheblicher Teil der zur Beratung vorliegenden Anträge betraf Statutenänderungen. Die Beiträge wurden von wöchentlich 10 auf 15 Pf. erhöht; die Ausgaben für lokale Zwecke sind nach wie vor durch Extrafeuern der einzelnen Filialen zu decken. Wer länger als vier Wochen krank oder arbeitslos ist, wird auf sein Gesuch vom Beitrage befreit. Mit Einstimmigkeit beschloß man, den Titel des Verbandes dergestalt zu ändern, daß künftig auch weibliche Personen Aufnahme finden können. Statistische Erhebungen sollen in Zukunft alljährlich vorgenommen werden. Als Sitz des Verbandes wurde Wiesbaden bestimmt, dagegen bleibt der Ausschuß in Berlin.

Der erste Verbandstag des Verbandes süddeutscher Mühlenarbeiter fand in Stuttgart bei Anwesenheit von 13 Delegierten statt. Der Verband wurde Ostern 1894 auf einem Kongreß in Heilbronn gegründet — man glaube durch die Absonderung von den mittel- und norddeutschen Kollegen die süddeutschen eher für die Organisation zu gewinnen — und zählt jetzt etwa 1000 Mitglieder. Als Organ dient die in Alenburg erscheinende Müller-Zeitung, deren Kosten gemeinschaftlich von dem süddeutschen und norddeutschen Verbands, welcher letztere ebenfalls rund 1000 Mitglieder zählt, getragen werden. Der Monatsbeitrag beträgt 75 Pf., der Quartalsbeitrag an die Generalkommission (5 Pf. pro Mitglied) wird besonders erhoben. Eingefügt wurde in das Statut die Unterstützung bei Sterbefällen. Der Verbandsausschuß, welcher die Kontrolle der Geschäftsführung des Vorstandes zu befragen und Beschwerden entgegenzunehmen hat, hat in Nürnberg seinen Sitz, während der Sitz des Vorstandes in Heilbronn ist.

In Leipzig wurde vom Schöffengericht ein Stein-druckereiarbeiter bestraft, daß auch das Eigentum des Gewerkevereins heilig ist. Wegen unrechtmäßiger Erhebung von Arbeitslosenunterstützung wurde er zu vier Tagen Gefängnis verurteilt.

#### Arbeiterbewegung.

In Stuttgart fand eine Versammlung der sozialdemokratischen Partei in Sachen des Konfliktes zwischen Lieberkranz und der Partei statt. Es wurde der Boykott der Lieberhalle, aller ihrer Lieferanten sowie aller Mitglieder des Lieberkranzes beschlossen. Die Mitglieder des Lieberkranzes soll veröffentlicht werden, um die Arbeiter in den Stand zu setzen, bei ihren Einkäufen und Aufträgen ihre gesellschaftlichen Interessen in ähnlicher Weise zu wahren wie der Lieberkranz-Ausschuß die gesellschaftlichen Interessen seiner Mitglieder wahr. Der Ausschuß hat seine Weigerung, der Sozialdemokratie den Lieberhalle-Saal freizugeben, damit motiviert, die Sozialdemokratie bedrohe die gesellschaftlichen und geschäftlichen Interessen. Der Boykott hat zunächst den Erfolg gehabt, daß die Stuttgarter Brauereien die Bierlieferung eingestellt resp. sich gewenigert haben, solche zu übernehmen. Die Lieberkranzer müssen nun ihr Bier von auswärts beziehen.

Die Malerzöglinge in Lübeck haben die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen. In der Fabrik von Rieping in Elmshorn befinden sich die Gerber in Lohnbifferenzen. In Konstantz erstreben die Holzarbeiter, Glaser und Zimmerleute den Zehntendebtag. In Harburg stellten 62 Arbeiter der Seifabrik von

Heiß & Asbeck A.-G. die Arbeit ein wegen zu niedrigen Löhnen.

Der Hof- und Uniformschneider Szalay in Wien hat sich bequemen müssen, seinen Arbeitern die zehneinhalbstündige Arbeitszeit, die Freigabe des 1. Mai, eine zehnprozentige Lohnhöhung und Aufstellung eines Lohnartikels zu bewilligen; auch darf vor Ablauf von drei Monaten niemand aus der Arbeit entlassen werden.

Der inzwischen beendete (siehe vorige Nummer) Streik der Ziegeleiarbeiter am Wienerberge hat eine überraschende Wendung genommen. Während der Streik anfangs mit dem Säbel beigelegt werden sollte und die Unternehmer jedwede Hilfe bei der Regierung fanden — so mußten z. B. die Soldaten Ziegel aufladen, um den Streikenden zu zeigen, daß man sie nicht brauche — hat sich plötzlich das Blatt gewendet. Zunächst fielen die Ziegeleipächter mit ihrem Gesuch um Verstärkung der militärischen Besatzung ab; der Statthalter sagte ihnen, daß für Aufrechterhaltung der Ruhe gesorgt sei und daß im übrigen die politische Behörde sich nicht in den Lohnkampf mischen dürfe. Er sagte ihnen auch sonst noch manches, das sie schier erstarken machte über die Sinnesänderung. Im Abgeordnetenhaus spielte sich der zweite resp. der dritte Akt ab. Bernerstorfer verlangte Erhebungen über die Lage der Ziegeleiarbeiter und Berichterstattung hierüber binnen drei Wochen. Die erste Hälfte dieses Antrages wurde angenommen, die zweite durch ein Amendement beseitigt, da man in Oesterreich nicht so schnell zu arbeiten pflegt. Der Minister des Innern gab bei dieser Gelegenheit zu, daß die Fabrikinspektoren die skandalösen Verhältnisse in den Ziegeleien schon seit 1885 rügten, aber ohne Erfolg, da die Besitzer durch Kurserie die bezüglichen Anordnungen zu hintertreiben gewußt hätten, d. h. doch nichts anderes als daß den Unternehmern gegenüber die Regierung machtlos ist. Warum jetzt ein anderer Wind weht — lange wird derselbe nicht anbauern — darüber kursieren vielerlei Ansichten. Am zutreffendsten dürfte die sein, daß der Arbeiterfeiertag, der 1. Mai, die regierenden Herren veranlaßt habe, den Arbeitern gegenüber gelindere Satten aufzuziehen. Aber wie gesagt, die Sinneswandlung wird nicht lange vorhalten, dafür sorgt schon das Unternehmertum.

In England ist es in der Schuhwarenbranche zu neuen Differenzen gekommen, 2000 Stickerarbeiten stellten wegen einer neuen Fabrikordnung die Arbeit ein.

Der in Paris tagende Kongreß der Eisenbahn-Bediensteten beschloß, seine bereits früher gestellten Forderungen: Abkündigung, Jahrespension von 1200 Fr. nach zwanzigjähriger Dienstzeit, freie Fahrt auf sämtlichen Eisenbahnlinien Frankreichs und Minimallohn von 5 Frs. aufrecht zu erhalten. Ferner wurde beschlossen, Eisenbahn-Aktien für die Syndikatsfonds zu kaufen, um Einblick in die Geschäftsgebarung der Gesellschaft zu erhalten.

#### Verurteilungen.

„Hier liegt die Petition gegen die Umsturzvorlage aus“ — derartige Plakate, an Schaufenstern ausgehängt, das Gesicht der Polizei in Breslau nicht, sie schritt dagegen ein. Anders war dies mit den Plakaten, die neulich in verschiedenen Läden ausgehängt waren: „Sammelstelle für eine Geburtstagspönde an den Fürsten Wis-mard.“ Die durften passieren!

Den Militärkapellen ist vom Kriegsminister ein Tarif vorgeschrieben worden, unter welchem sie in öffentlichen Lokalen nicht spielen dürfen: An den Wochentagen bei einer vierstündigen Tätigkeit nicht unter 4 M., an Sonn- und Festtagen bei sechsstündiger Tätigkeit nicht unter 7 M. pro Mann und für jede Ueberstunde 50 Pf. mehr. Der Dirigent hat 25 M. bei voller Kapelle zu erhalten, bei einer Besetzung von 8 bis 15 Mann 15 M. Es dürfte damit die Konkurrenz mit den Zivilmusikern etwas eingedämpft sein.

#### Briefkasten.

B. in Nürnberg: Bielefeld in einiger Zeit. Grub. — Sch. in Stuttgart: Nicht von allgemeinem Interesse. — St. in Altona: Wir müssen es bei einem Berichte bewenden lassen. — R. in Köln: Der Schluß des Blattes ist auf die knappste Zeit hinausgerückt. Am Tage vor dem Erscheinen morgens 7 Uhr muß mit dem Drucke begonnen werden, um rechtzeitig zu expedieren. — Erfolg immerhin; s. Artikel in Nr. 43. — B. in Magdeburg: Besten Dank. Durch Arbeiten behindert. — S. in Augsburg: 1,75 M. — S. in Frankfurt a. M.: 80 Pf. — Sch. in Bielefeld: Für den eingeleiteten Betrag nur einmal. — E. Sch. in Stuttgart: Senden Sie 80 Pf. ein.

#### Geborben.

In Augsburg am 22. April der Seper Andreas Schellhorn, 25 Jahre alt — Blutsurz.

### Verbandsnachrichten.

Gratzbirge-Wogland. Die verehrlichen Mitglieder werden hierdurch zu dem am 26. Mai, vormittags 10 Uhr, in Werdau, Hotel Kaiserhof, stattfindenden Gantage freundlichst eingeladen. Die Tagesordnung ist die folgende: 1. Berichterstattung über den Stand des Gewerkevereins. 2. Genehmigung der Jahresrechnung. 3. Feststellung der Beiträge und der Remuneration für die Verwaltung. 4. Festsetzung der Summe für außerordentliche Unterstützungen (siehe § 12 des Baureglementes). 5. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate. 6. Beschlußfassung über eingegangene Reklams, Beschwerden und

